



Favoriten +

Zeitungsansicht

Drucken

Schliessen



Politik

Rot und Grün setzen auf Abgrenzung

Von Florian Pfitzner

Düsseldorf. Vertreter politischer Parteien in Nordrhein-Westfalen haben sich angesichts der Landtagswahlergebnisse kämpferisch gezeigt. NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) sagte mit Blick auf die rechtspopulistische Alternative für Deutschland (AfD), es sei wichtig, "dass die Demokraten sich jetzt zusammenstellen". Protestwahlen löse keine Probleme.

Dass die Sozialdemokraten in Baden-Württemberg und in Sachsen-Anhalt noch hinter der AfD liegen, "das tut schon weh", sagte Kraft, die auch stellvertretende SPD-Bundesvorsitzende ist. Das SPD-Ergebnis in Sachsen-Anhalt sei eine Katastrophe. Eine noch größere Katastrophe sei aber das Abschneiden der AfD dort. "Wir dürfen nicht zulassen, dass die großen Vereinfacher in diesem Land die politische Substanz und die Richtung der deutschen Politik gefährden und infrage stellen."

Sozialdemokrat Achim Post (Espelkamp), Chef der NRW-Landesgruppe im Bundestag, sagte, "wenn radikale und rassistische Parteien solche Ergebnisse bekommen, ist das ein Weckruf für alle Demokraten." Für den Bund prognostizierte er: "Der Druck aus CSU und CDU auf Angela Merkel wird jetzt noch stärker."

Die Vorsitzenden der Grünen in NRW bezeichneten die Resultate der AfD bei allen Wahlen als "schockierend". Es sei deutlich geworden, "dass die Demokraten jetzt noch stärker zusammenstehen müssen für Demokratie und menschliche Politik", sagten Mona Neubaur und Sven Lehmann. "Der Hass darf unsere Gesellschaft nicht vergiften." Man werde mehr denn je "klare Kante gegen Ausgrenzung und Hetze und für eine offene Gesellschaft" zeigen. Die Linke in NRW nannte es "erschreckend", wie die AfD mit Ängsten gespielt habe.

FDP-Chef Christian Lindner sagte, so sehr er sich über die Wahlergebnisse seiner Partei freue, stimme es ihn nachdenklich, dass eine Partei, "die die Liberalität unserer Gesellschaft ablehnt und bekämpft, große Erfolge erzielt hat". Darüber werde weiter zu sprechen sein.

Angesichts einer möglichen Regierungsverantwortung in den Ländern gab sich Lindner zurückhaltend. CDU und SPD seien "austauschbar" geworden, kritisierte er. "Wir sind nicht bereit, für eine Regierungszusage von unseren wesentlichen Werten abzuweichen."

© 2016 Neue Westfälische
14 - Lübbecker Land, Montag 14. März 2016